

Podiumsdiskussion Bonn 10.10.08: Intervention in Afghanistan – was hat der Einsatz der Bundeswehr für die Frauen und Menschenrechte gebracht?

Von Ute Scheub

Voraussichtlich am 16. Oktober wird der Bundestag über die Aufstockung der Bundeswehr auf 4.500 Soldaten abstimmen. Die Bevölkerung lehnt den Einsatz der Bundeswehr weitgehend ab, in Umfragen sprechen sich je nach Fragestellung und Zeitpunkt zwischen 60 und 80 Prozent dagegen aus. Zum Teil aus einer pazifistischen Grundhaltung heraus, die angesichts der deutschen Geschichte mehr als berechtigt ist. Zum Teil aber auch aus einer wenig informierten „OhneMichel-OhneMichaela“ Haltung heraus.

Die Militärintervention in Afghanistan begann rund drei Wochen nach den Terroranschlägen vom 11. September, am 7.10.2001, Mitte November war das Talibanregime gestürzt. Ausschlaggebend waren keineswegs Bomben und Raketen, sondern Esel voller Dollarmillionen – Bestechungsgelder der CIA für die pakistanischen Taliban-Kommandanten. Das ist keine Verschwörungstheorie, sondern so steht es in dem Buch „Bush at war“ des Watergate-Enthüllers Bob Woodward. Der US-Präsident hat diese Maßnahme damals als „Schnäppchen“ bejubelt.

Kaum waren die Taliban gestürzt, da zeigten westliche Fernsehreporter und Fotografen wieder und wieder dasselbe Bild: Afghanische Frauen, die das Gesichtsgitter ihrer Burka hochheben, um die westlichen Befreier mit einem glücklichen Lächeln zu begrüßen. Die Botschaft von Bildern und Texten war in vielen – nicht allen – Medien gleichförmig: Hier kämpft die „abendländische Zivilisation“ einen „gerechten Krieg“ gegen die „morgenländische Barbarei“, um die Frauen zu entschleiern und aus dem Gefängnis der Burka zu erlösen. Noch im Sommer 2008 schlagzeilte die *Welt*: „Deutsche führen Afghanistan aus dem Mittelalter“.

Dabei gibt es zwischen den Männerköpfen in den westlichen *Medien* und den Männerköpfen afghanischer Fundamentalisten sogar Übereinstimmung: die Besessenheit, mit der beide Seiten um die Schleier der afghanischen Frau kämpfen. Der kleine große Unterschied: die einen wollen sie *entschleiern* und die anderen sie *verschleiern*. Die Geschichte und Gegenwart Afghanistans ist nicht erklärbar ohne diese Obsession, ohne den Kampf zwischen den einheimischen und westlichen Männern um die symbolische Verfügungsgewalt über den Körper der afghanischen Frau.

Westliche Politiker gebärdeten sich zu Beginn der Intervention als glühende Feministen. Im Namen

ihres Mannes George W. Bush reiste Laura Bush insgesamt dreimal nach Afghanistan, um Frauen und Kindern beiseite zu stehen. US-Außenminister Colin Powell sekundierte: „Die Rechte der Frauen in Afghanistan sind nicht verhandelbar.“ Am Tag der beginnenden Militärintervention beklagte sich Joschka Fischer bitterlich über die „Entwürdigung der Frau“ in Afghanistan. Kanzler Schröder verband gar sein persönliches Schicksal mit dem der afghanischen Frauen: Er nötigte die rot-grüne Mehrheit im Bundestag zu einer deutschen Beteiligung an der Militärintervention, indem er sie mit der „Vertrauensfrage“ verknüpfte. „Wer die Fernsehbilder von den feiernden Menschen in Kabul nach dem Abzug der Taliban gesehen hat – ich denke hier vor allen Dingen an die Bilder der Frauen, die sich endlich wieder frei auf den Straßen begegnen dürfen - , dem sollte es nicht schwer fallen, das Ergebnis der Militärschläge im Sinne der Menschen dort zu bewerten“, so der Kanzler im Parlament.

Die Botschaft war deutlich: Wir intervenieren für Frauen und Kinder, die gerettet und geschützt werden wollen. Was ist von den damaligen Versprechen heute übrig geblieben?

Die Bilanz fällt aus Sicht des Frauensicherheitsrates absolut desaströs aus. Der Antiterrorkampf ist nach sieben Jahren restlos gescheitert. Niemand behauptet mehr, der Kampf gegen die Taliban könne militärisch gewonnen werden. 2008 gab es dort mehr tote Soldaten als im Irak, von den Toten in der Zivilbevölkerung ganz zu schweigen. Die Zahl der Anschläge ist allein gegenüber 2007 um etwa 30 Prozent gestiegen. Die US-Regierung hat die Neukonstituierung der Taliban in ihren pakistanischen Rückzugsgebieten zugelassen - aus Rücksicht auf ihren vorgeblichen Verbündeten, den pakistanischen Ex-Präsidenten Musharraf.

Der Westen hat damit einer verhassten und Ende 2001 von der Bevölkerung verjagten Extremistengruppe, der frauenfeindlichsten Organisation der Welt, zu neuer Macht verholfen: Kürzlich gab es Geheimverhandlungen zwischen Abgesandten von Präsident Karzai und den Taliban in Mekka. Womöglich soll nun der afghanischen Bevölkerung die schwärzeste aller denkbaren Regierungen aufgezwungen werden: eine Koalition zwischen den islamistischen Warlords der Nordallianz und den Taliban, zwei Terrorfraktionen, die bei freien Wahlen zusammen wohl nicht mal auf fünf Prozent Stimmenanteil kämen. Der zivile Aufbau ist trotz einzelner guter bis großartiger Projekte und trotz des bewundernswerten Engagements vieler HelferInnen weitgehend gescheitert, vor allem der Polizeiaufbau. Viele AkteurInnen beweisen großen Mut, Einsatz und guten Willen, aber es fehlt die kohärente Gesamtstrategie.

Und es sind riesige Fehler gemacht worden. Aus Sicht des Frauensicherheitsrates vor allem vier:

1- Das Petersberger Abkommen belohnte die mit den USA verbündete Nordallianz mit Regierungsposten und brachte Kriegsverbrecher an die Macht. Überhastete und unfaire Wahlen versorgten islamistische Warlords und frauenfeindliche Drogenbarone mit demokratischer Legitimation. Mit denen aber ist kein Staat zu machen geschweige denn einer aufzubauen! „Die internationalen Truppen unterstützen eine Regierung, die aus Kriminellen besteht... Die Isaf schützt die größten Verletzer der Menschenrechte, aber Leute, die sich in der Zivilgesellschaft engagieren, werden allein gelassen“, beklagt sich, stellvertretend für viele DemokratInnen, der Chefredakteur der Zeitung „Neue Welt“ in Masar-i-Sharif.

2-Der Schwerpunkt der Intervention lag auf dem Militärischen und nicht auf zivilem Aufbau. Deutschland und EU haben vor allem beim Polizeiaufbau fast völlig versagt. Das Verhältnis der Kosten für Militär und Ziviles lag bei 80:20, der Nutzen aber liegt selbst nach Einschätzung des Nato-General Ramms genau umgekehrt bei 20:80, denn das Militär könne nur ein Fünftel der Aufgaben bewältigen.

3-Es gab bis vor kurzem keinerlei politischen Druck auf Pakistan, sodass sich die Taliban unter der Obhut von Teilen des pakistanischen Geheimdienstes ISI in ihren Trainingslagern in den Grenzgebieten in aller Ruhe rekonstituieren konnten. Inzwischen hat die US-Politik einen Schwenk um 180 Grad gemacht und begeht nun dieselben Fehler in Pakistan wie vorher in Afghanistan: Sie unternimmt Luftangriffe, tötet Zivilisten und treibt die Bevölkerung in die Arme der Taliban. Es droht eine Eskalation der Lage und die Ausweitung des Krieges auf Pakistan.

4-Für die Sicherheit der weiblichen Bevölkerungsmehrheit (es gab viele männliche Kriegstote) wird viel zu wenig getan. Prominente Frauenrechtlerinnen werden regelrecht abgeknallt: unter anderem die Polizistin Malalai Kakar und die Frauenbeauftragte Safia Amajan in Kandahar, letztere im Auftrag eines pakistanischen Mullahs gegen 5.000 Dollar, oder die TV-Moderatorin Sahima Rezayee des Privatsenders Tolo in Kabul. Konsulate registrieren vermehrt Ausreisearträge gebildeter Frauen.

Obwohl Europa in Afghanistan andere Interessen verfolgt als die USA, haben sich weder EU noch einzelne EU-Länder jemals von der Kriegsführung der „Operation Enduring Freedom“ (OEF) beziehungsweise dem „War on Terror“ distanziert. Im Gegenteil: Durch die sukzessive Unterstellung der inzwischen 41.000 ISAF-SoldatInnen aus 37 Nationen unter Nato-Kommando seit August 2003 gibt es immer stärkere Überschneidungen des OEF- und ISAF-Einsatzgebietes und

eine faktische Vermengung der Einsätze. Der OEF-Kommandeur ist inzwischen gleichzeitig Befehlshaber des Regionalkommandos Ost der ISAF und hat einen „Doppelhut“ auf. Daten aus Tornado-Aufklärungsflügen können auch für Kampfeinsätze und Bombardierungen der OEF verwendet werden. Die Übergabe von Daten an die OEF darf laut Bundestagsmandat zwar nur „sehr restriktiv“ erfolgen, aber Verteidigungsminister Jung auf entsprechende Anfragen „nicht ausschließen“, dass sie zur „Terrorismusbekämpfung“ benutzt werden. Das findet also längst statt, und mit einem Mandat für Awacs würde sich dieses Problem noch verschärfen. Das Friedensforschungsinstitut BICC befürchtet, dass dadurch dem Einsatz von völkerrechtswidrigen Streu- und Vakuumbomben Vorschub geleistet würde.

Inzwischen finden in Afghanistan mehr Luftangriffe statt als im Irak. Inzwischen sind mehr Schulen, nämlich insgesamt 228, durch fehlgegangene Lufttackten beschädigt oder zerstört worden als durch Taliban-Angriffe. Eine andere Methode, die afghanische Zivilbevölkerung gegen sich aufzubringen, sind willkürliche Hausdurchsuchungen. Die nächtliche Durchsuchung von Frauengemächern wirkt auf einen Teil der afghanischen Männer wie eine symbolische Vergewaltigung oder Entjungferung „ihrer“ Frauen und Töchter. Für solche traditionell eingestellten Männer stellt das eine „Ehrverletzung“ dar, die nur mit Blut abgewaschen werden kann.

Was kann man tun? Ein Strategiewechsel Richtung ziviler Wiederaufbau ist dringlicher denn je, damit die Bevölkerung endlich Resultate sieht und Vertrauen in die internationale Gemeinschaft gewinnt. Dabei muss viel mehr für die Sicherheit von Frauen und Mädchen getan werden als bisher. Im Übrigen ist ein allein auf Afghanistan ausgerichteter Ansatz inzwischen zum Scheitern verurteilt, denn das Land ist längst erneut zum Spielball gegensätzlicher Interessen geworden. Der pakistanische Geheimdienst hat die Taliban ja auch deshalb herangezuchtet, um in der Kaschmirfrage ein Druckmittel gegen Indien in der Hand zu haben, die iranische Regierung fühlt sich durch die USA bedroht usw.usw.usw. Uns schwebt deshalb eine Art KSZE für Zentralasien vor, ein langjähriger diplomatischer Prozess zwischen Afghanistan, Pakistan, Iran, China und den zentralasiatischen Republiken, bei dem nach und nach Lösungen für alle Interessen gefunden werden könnten. Man kann nur hoffen – auch wenn die Hoffnung nicht allzu groß erscheint - , dass ein möglicher neuer US-Präsident Obama diese Chance erkennt, statt immer neue Truppen zu schicken und immer mehr Soldaten zu verheizen.